**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 208/01 vom 15. Mai 2001

Ursula Sassen: Schäden durch die Bisame werden immer größer

Auf Antrag der CDU-Landtagsabgeordneten Abgeordneten Ursula Sassen wird sich der Umweltausschuss bei seiner nächsten Sitzung mit der Bekämpfung des Bisams beschäftigen.

Im Jahr 1999 wurden in Schleswig-Holstein noch über 60.000 Bisame gefangen. Die neue Regelung in der Bundesartenschutzverordnung und der Erlass des Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten hierzu vom 17. Mai 2000 führte dazu, dass im Jahr 2000 die Fangquote um mehr als die Hälfte auf rd. 28.000 Bisame zurückgegangen ist. Die erschwerten rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Bedingungen haben auch zu einer Verunsicherung der Privatfänger geführt. Ein weiterer Erlass des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten vom 18. Januar 2001 trug in diesem Zusammenhang auch wenig zur Klärung bei.

Im Landeshaushalt 2001 stehen erneut insgesamt nur 160 TDM zur Bisambekämpfung (Bekämpfungsmaßnahmen und Prämien) zur Verfügung. Schon diese Mittel reichten nicht aus, die erforderlichen Prämien zu bezahlen. Und so wurden von Wasser- und Bodenverbänden 1999 sogar Sonderbeiträge erhoben, um die Fangprämie weiterhin gewähren zu können.

Mit der Bewältigung dieses Problems dürfen die Wasser- und Bodenverbände sowie die Kommunen im Interesse des Gemeinwohls nicht alleingelassen werden. Sie werden nicht mehr in der Lage sein, die Kosten für Bisamschäden - ohne eine ausreichende Unterstützung des Landes - aufzufangen. Nach realistischer Einschätzung wird diese Entwicklung zu einer Überpopulation sowie zu einer weiteren gebietlichen Ausdehnung des Bisams führen. Dies wird zwangsläufig erhebliche Schäden z.B. an Deichen, an den Böschungen der Wasserläufe, an Fisch- und Klärteichen sowie an Spurbahnen und wassergebundenen Wirtschaftswegen hervorrufen, was letztendlich auch Personen- und weiterführende Sachschäden zur Folge haben kann.

Nach Auffassung der Abgeordneten Ursula Sassen ist die Landesregierung gefordert, die dringend notwendigen Mittel für die Bisambekämpfung im Landeshaushalt aufzustocken, damit auch weiterhin die Prämien aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden können. Zudem muss darüber nachgedacht werden, neue alternative Fangmethoden zu entwickeln, denn mit den zur Zeit erlaubten Fangmethoden ist eine wirksame und schnelle Bekämpfung des Bisams nicht möglich.